

PIERRE SIMONITSCH

## Europas Sicherheit

### I

Ein neues Wort hat in den wechselhaften politischen Sprachschatz Einzug gehalten: Europäische Sicherheit. Im abgelaufenen Jahr fehlte es in kaum einem Schlußkommunique. Wenige können sich jedoch darunter etwas Konkretes vorstellen; bei vielen erweckt der zuerst vom Osten propagierte Ausdruck Mißtrauen. Wenn maßgebliche westliche Politiker das Schlagwort aufgegriffen haben, so geschah dies aus der Erkenntnis heraus, daß sich die durch den zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen nicht mit Gewalt ändern lassen, daß es Zeit ist für eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen und daß die Wiedervereinigung Deutschlands nur durch einen ehrlichen Entspannungsprozeß zu erreichen ist. Hinzu kommt die natürliche Abnützung aller Militärallianzen und der Zerfall der Blöcke unter Vorherrschaft der beiden Großmächte.

Viel zu lange basierte die Außenpolitik einiger westlicher Regierungen auf der alleinigen Hypothese eines sowjetischen Angriffs. Gewiß ist es die Aufgabe jedes Generalstabs, in ihren Verteidigungsvorbereitungen den Eventualitäten Rechnung zu tragen. Aber die Projektion rein militärischer Überlegungen auf die gesamte Außenpolitik verzögerte gerade in Europa die Lösung der wirklichen Probleme. Dazu kam, daß die NATO unter einem militärischen Minderwertigkeitskomplex zu leiden schien. Alle Pläne einer militärischen Verdünnung oder zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, ob sie nun von den Schweden, Iren oder Polen kamen, scheiterten daran. Die Ablehnung der Disengagement-Pläne wurde und wird zum Teil noch immer begründet mit der geographischen Situation Westeuropas und mit dem angeblichen Übergewicht des Ostblocks an konventioneller Bewaffnung. Was nun die geographische Lage betrifft — daß Amerika jenseits des Ozeans, die Sowjetunion dagegen nicht einmal tausend Kilometer von der deutschen Zonengrenze entfernt liegt —, so wird man sie als Gegebenheit hinnehmen müssen. Das zweite Argument, die konventionelle Überlegenheit des *Warschauer Pakts*, ist schon lange nicht mehr gültig. Daß die NATO in den letzten Jahren zumindest gleichgezogen hat, wurde vom amerikanischen Verteidigungsminister öffentlich bestätigt.

Sowjetische Militärexperten sollen sogar zu der Erkenntnis gelangt sein, daß sich die Realisierung des *Rapacki-Plans* — die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone aus den beiden Teilen Deutschlands, Polen und der Tschechoslowakei — vom strategischen Standpunkt zum Nachteil Moskaus ausgewirkt hätte. Was hat dagegen die Bundesrepublik

mit der Ablehnung des Plans wirklich gewonnen? Wohl dienen jetzt Bundeswehrsoldaten an Raketengeschützen, aber die Atomsprengköpfe blieben unter amerikanischer Obhut. Dafür wurde das gleiche System auch im Warschauer Pakt eingeführt. Die Streitkräfte mehrerer „Satellitenstaaten“ verfügen nunmehr über etwa zwanzig verschiedene Raketentypen, von denen die größten den amerikanischen „Pershing“ entsprechen. Welche Sprengköpfe dafür vorgesehen sind und unter welchen Umständen sie aufmontiert werden, ist in streng geheimgehaltenen Abmachungen zwischen der Sowjetunion und den einzelnen Regierungen geregelt. „Diese Raketen wurden gewiß nicht gebaut, um mit Eiern zu schießen“, meinte ein polnischer Oberst. Die Rüstungsausgaben stiegen in Ost und West, die Deutschlandfrage ist noch immer nicht ihrer Lösung nähergekommen und die Zusammenarbeit der Nationen Europas wurde behindert.

Gerade der Armeegeneral *de Gaulle* hat als erster westlicher Staatsmann das Fiasko des militärischen Denkens in der Politik erkannt. De Gaulle versucht jetzt, Frankreich eine gute Ausgangsposition für das kommende gesamteuropäische Gespräch zu schaffen. Er weiß, daß die Sowjetunion riesige soziale und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bewältigen hat und einen internationalen Konflikt panisch fürchtet. Ist aber die gaullistische Vorstellung eines künftigen Europa „vom Atlantik bis zum Ural“ realistisch? Lassen sich die sozialen, ideologischen und wirtschaftlichen Gegensätze, die die Trennung Europas bewirkten, einfach beiseite schieben?

Unter den führenden Politikern der kommunistischen Staaten gibt es nicht wenige „Gaullisten“. *Stalin* hatte auf dem Nationalgefühl seiner Satellitenstaaten herumgetrampelt. Auch nach dem 20. Kongreß der KPdSU dauerte es noch eine Weile, bis der verkündete Grundsatz der nationalen Souveränität in die Tat umgesetzt wurde. Und selbst heute ist in den Beziehungen zwischen den kommunistischen Nationen der Druck als außenpolitisches Mittel nicht verschwunden. Aber die Sowjetunion befindet sich ihren einstigen Satelliten gegenüber eher in der Defensivstellung. Im Westen hat die Bildung großer Konzerne eine supranationale Zusammenarbeit hervorgebracht. Im Ostblock fehlt diese Erfahrung. Die Integration im Rahmen des *Comecon* scheiterte daran. Die Ostwährungen sind unter sich noch immer nicht voll konvertierbar. Der *Warschauer Pakt* hat keine Organisation, keine Struktur, ja nicht einmal einen Sitz, sondern nur ein gemeinsames Oberkommando. Sein einziges Organ, der Politische Beratungsausschuß, war vor der Bukarester Konferenz vom Juli 1966 zum letztenmal im Januar 1965 zusammengetreten. Alle anderen Beratungen wurden bilateral von Regierung zu Regierung geführt.

Die nationalistischen Bestrebungen der kommunistischen Staaten können der europäischen Sache zweifellos dienlich sein, sofern sich ihr Ziel auf die Festigung der größtmöglichen Unabhängigkeit von der benachbarten Großmacht beschränkt. Um aber auf der internationalen Bühne tatsächlich manövrierfähig zu werden, müssen die kommunistischen Staaten auf die Garantie ihrer Sicherheit durch die Sowjetunion verzichten können. Dazu braucht es ein wirksames Sicherheitssystem für ganz Europa, das mit der Anerkennung der Nachkriegsgrenzen beginnt. So paradox es klingt: Der *politische Status quo* kann nur durch die Anerkennung des *geographischen Status quo* überwunden werden.

Niemand — weder im Osten noch im Westen — ist dabei so unrealistisch zu glauben, man könne die europäischen Probleme gegen die Sowjetunion oder gegen die Vereinigten Staaten lösen. Im Gegenteil: Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Entkrampfung der Situation in Europa mit einem „Disengagement“ der beiden Großmächte beginnen.

## II

Es scheint jetzt so gut wie sicher, daß die Vereinigten Staaten eine schrittweise Verringerung ihrer Truppen in Europa ins Auge fassen. Leidenschaftslos betrachtet haben

die USA mehrere gute Gründe, Truppen aus Europa abzuziehen. Erstens vergrößert sich das amerikanische Engagement in Südostasien von Tag zu Tag, und die Kräfte Amerikas sind keineswegs unerschöpflich. Zweitens hatte der Ausbruch Frankreichs aus der NATO eine Veränderung der strategischen Gegebenheiten zur Folge; die relative Tiefe und Einheit des Verteidigungsraumes der Allianz ist verlorengegangen. Drittens hat Westeuropa eine militärische Stärke erlangt, die ausreichen sollte, einen eventuellen Überraschungsangriff bis zum Eintreffen von Verstärkungen einzudämmen; die Vorbereitung einer massiven sowjetischen Invasion würde dem Westen kaum verborgen bleiben. Viertens ist Washington viel an einer Entschärfung der Situation in Europa gelegen, und dies dürfte den Ausschlag geben. Wenn der Wille zu einer Entspannung und zu einer ostwestlichen Zusammenarbeit auf beiden Seiten vorhanden ist, muß logischerweise eines Tages mit dem Abbau der gegenseitigen Bedrohung begonnen werden.

Gegenwärtig haben die Vereinigten Staaten 330 000 Mann in Europa stationiert, mehr als zwei Drittel davon in der Bundesrepublik. Insgesamt verfügen die 15 NATO-Staaten nach dem letzten Bericht des renommierten Londoner „Instituts für strategische Studien“ über 3,2 Millionen Soldaten. Die Armeen des Warschauer Pakts zählen 2,8 Millionen Mann. Die NATO hat ihre Truppen im Laufe des Berichtjahres verstärkt, der Warschauer Pakt leicht verringert. Ein beträchtlicher Teil der in der Aufzählung enthaltenen amerikanischen, britischen und sowjetischen Truppen ist in Asien gebunden.

Seit der Operation *Big Lift*, als 1963 eine ganze Division auf dem Luftwege von den USA nach Europa transportiert wurde, entwickelten amerikanische Militärkreise eine neue Truppenstrategie. Nach Berechnungen des Pentagons sollte es ab 1970 technisch möglich sein, innerhalb 24 Stunden 700 000 Mann mittels Lufttransportern über den Ozean zu schaffen.

In den kommunistischen Hauptstädten hört man die Meinung, daß es in den nächsten Jahren zu einer stillschweigenden militärischen Verdünnung in Europa kommen könnte, vorerst probeweise, die nach Bewährung durch einen Vertrag sanktioniert wird. Die beiden letzten Manöver des Warschauer Pakts seien im Grunde nichts anderes gewesen als das operationelle Gegenstück zum amerikanischen *Big Lift*.

### III

Mit der Konjunkturabschwächung wächst der Druck auf die Verteidigungsministerien, die noch immer als notwendig angesehene Abschreckungswirkung mit den geringsten Mitteln zu bewerkstelligen. Zwar gilt die Rüstung in hochindustrialisierten westlichen Staaten weiterhin als wertvoller Behelf, gewisse Wirtschaftszweige anzukurbeln, aber Stationierungskosten, speziell im Ausland, bedeuten immer ein Defizit. Volkswirtschaftlich gesehen ist jede Rüstung eine Last. Einige NATO-Länder, vor allem Frankreich, haben nun eine Neuorganisation und zahlenmäßige Verringerung ihrer Streitkräfte in Angriff genommen. Ähnliche Überlegungen werden auch im Osten angestellt, wie man die Truppenstärken reduzieren kann, ohne die strategische Wirksamkeit zu schwächen. Warum also nicht das kalkulierbare Risiko einer abgewogenen militärischen Verdünnung in Europa eingehen?

Als Symbol der unnatürlichen Situation Deutschlands und als Faustpfand für den bedingungslosen Beistand der USA im Falle eines seit jeher unwahrscheinlichen sowjetischen Angriffs würde der Verbleib einer Handvoll amerikanischer Soldaten in der Bundesrepublik genügen. 6000 in Westeuropa lagernde Atomsprengköpfe, 700 oder 800 sowjetische Mittelstreckenraketen, eine unbekannte Anzahl sogenannter „taktischer“ Raketen im Besitz der Warschau-Pakt-Staaten (wobei sich die atomaren Sprengköpfe unter sowjetischem Verschuß befinden) müßten eigentlich eine glaubhafte Abschreckung gewährleisten. Für den Abzug der Kernwaffen aus Mitteleuropa fehlen leider derzeit

noch die Voraussetzungen, obwohl es militärische Strömungen in dieser Richtung gibt. In der Bundesrepublik setzt sich der Oberst i. G. a. D. *von Bonin* für einen Rückzug der taktischen Atomwaffen ein (siehe *Spiegel* Nr. 48/1966); auf der anderen Seite trug der gegenwärtig von der Moskauer Akademie der Wissenschaften angestellte Sowjetgeneral *Talenski* den Plan eines stufenweisen Rückzugs der Atomraketen aus Mitteleuropa vor.

Europas fragwürdige Sicherheit wird sich noch einige Zeit auf die klassische Theorie der „Abschreckung“ stützen. Keiner der zahlreichen Sicherheitsinitiativen der letzten fünfzehn Jahre — *Eden-Plan, Gaitskell-Plan, SPD-Plan, Aiken-Plan, Unden-Plan, Rapacki-Plan, Gomalka-Plan* usw. — ist es gelungen, die Abschreckungs-Theorie aus den Angeln zu heben, welcher trotz allen Unbehagens der Verdienst zukommt, bisher gewirkt zu haben.

Nichtsdestoweniger wird das Konzept der gegenseitigen Abschreckung einmal einer menschenfreundlicheren Auffassung vom Zusammenleben der Völker weichen müssen. Die Wirtschaft ist hier der Politik schon vorangegangen. Über die Möglichkeit und den Nutzen von internationalen Sicherheitsabkommen bestehen zwei Auffassungen. Die einen sagen, jede gegenseitige Sicherheitsgarantie sei illusorisch, solange im Grunde kein Vertrauen zwischen den Vertragspartnern herrscht. Die andern meinen, daß gerade dort, wo Mißtrauen die Beziehungen zwischen Staaten oder Staatengruppen regiert, Sicherheits- und Abrüstungsverträge benötigt werden; wo keine Spannungen sind, braucht es auch kein ausgeklügeltes Sicherheitssystem. Logisch zu Ende gedacht führen beide Thesen zum selben Ergebnis: Es muß etwas unternommen werden — so oder so.

#### IV

Wahrscheinlich gäbe es längst kein europäisches Sicherheitsproblem mehr, wenn nicht *die verfahrenere Situation Deutschlands* wäre. Für die Nachbarn im Osten ist Deutschland nicht nur ein Problem oder eine Frage, sondern vor allem ein „Fall“. Man hegt den Verdacht, daß der steife Antikommunismus in der Bundesrepublik nur ein Ersatz für die früheren antislawischen Gefühle ist. Auch in der DDR gibt es einiges, was den anderen kommunistischen Ländern mißfällt. „Man könnte sagen, die Deutschen sind eben die Deutschen — aber das bringt keine Lösung“, meinte ein polnischer Journalist in leitender Stellung. Viele Ostblockdiplomaten lieben nicht die „aktivistische“ Außenpolitik Pankows. Man ist nicht gerade glücklich über die Berliner Mauer, die dem Ansehen des Systems schadet. Zwischen der DDR und ihren Alliierten hat es Spannungen und Reibereien auf allen Ebenen gegeben. Aber trotz allem überwiegen die gemeinsamen Interessen, nämlich die Festigung der kommunistischen Gesellschaftsordnung und die Sicherung der Westgrenzen.

Ohne die Erfüllung dieser Grundbedingungen haben die Polen, Tschechen und Russen wenig Interesse an einer Wiedervereinigung Deutschlands. Daraus macht niemand ein Geheimnis. *Kossygin* hat kürzlich in Paris harte Worte zum Thema Wiedervereinigung gesprochen. In Warschau erklärt man scherzhaft: „Polen hat jetzt eine ideale Lage — ein Pufferstaat im Westen und einer im Osten ...“ Dennoch anerkennt man in den meisten kommunistischen Hauptstädten das Recht des deutschen Volkes auf Bildung eines einzigen Staates, allerdings nach den bitteren Erfahrungen nur im Rahmen einer gesamteuropäischen Lösung. Eine neue und bewegliche Ostpolitik Bonns könnte gewiß die Punkte herausfinden, wo sich der Hebel ansetzen läßt.

Eine Patentlösung zur Wiedervereinigung Deutschlands scheinen leider auch die „grands desseins“ mancher östlicher Außenministerien nicht aufzuzeigen. Am ehesten können sich wohlwollende Experten noch eine Konföderation und das etappenweise Zusammenwachsen beider deutschen Staaten vorstellen, was möglich wird, sobald sich

das wirtschaftliche Gefälle zwischen West- und Ostdeutschland einigermaßen ausgeglichen hat. Man verweist auf die raschen wirtschaftlichen Fortschritte in der DDR seit der Errichtung der Mauer und auf das steigende Nationalgefühl der Bevölkerung östlich der Elbe. Man bemerkt auch das Aufkommen einer neuen, liberaleren und weniger ressentimentsgeladenen Politikergeneration sowohl in der Bundesrepublik wie in der DDR, welche eines Tages die Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln zustande bringen könnte. Als völlig unrealistisch weist man jedoch den Gedanken von der Hand, die Bundesregierung könnte der Sowjetunion die DDR „abkaufen“. Je weniger man im übrigen das Deutschlandproblem oder die Berlinfrage hochspiele, um so rascher werde sich eine Lösung finden. Eines sei klar: Eine Konföderation oder Wiedervereinigung bleibt ein Wunschtraum, solange die beiden Teile Deutschlands entgegengesetzten Militärbündnissen angehören.

Konservative Politiker werden diese Darstellung ausschließlich mit den kommunistischen Bemühungen, die Auflösung der NATO voranzutreiben, erklären wollen. Noch schwerer zu akzeptieren erscheint eine andere Bedingung: die Anerkennung der DDR. Nach der östlichen These muß die Lösung der deutschen Frage durch einen Dialog der beiden deutschen Staaten eingeleitet werden. Kommunistische Diplomatenkreise meinen dazu, daß eine De-facto-Anerkennung oder eine Anerkennung der DDR als Staat und nicht als Regime genügen würde. Diese Methode, nur die Staaten als solche anzuerkennen, erlaubt es zum Beispiel der Schweiz, zu fast allen Ländern der Welt diplomatische Beziehungen zu pflegen, die durch keinen Regimewechsel unterbrochen werden; allerdings hat auch die Schweiz bisher die DDR nicht anerkannt, obwohl sie schon einmal knapp davorstand. Die These von der De-facto-Anerkennung kann das Risiko nicht verschleiern, daß eine Anerkennung der DDR als Staat bis zur Wiedervereinigung ebensogut die Zementierung der Spaltung Deutschlands bedeuten kann.

Der Osten verlangt als Preis für die deutsche Wiedervereinigung die Anerkennung der Kriegsergebnisse, den Verzicht auf Atombewaffnung, den Austritt aus den Militäralianzen, die Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens und die Aufgabe des westdeutschen „Alleinvertretungsanspruchs“, welcher — zumindest theoretisch — in Verbindung mit dem Anspruch auf die Grenzen von 1937 auch die Bewohner sowjetischer und polnischer Gebiete unter die Gerichtsbarkeit Bonns stellt. Der verlangte Preis ist hoch, wenn man ihn mit den Theorien der bisherigen Bundesregierungen vergleicht; an den Tatsachen gemessen scheint er jedoch reell. Über diesen Preis wird sich wahrscheinlich nicht handeln lassen, vielleicht aber über Zahlungserleichterungen. Gespräche mit Vertretern der kommenden kommunistischen Politikergeneration hinterlassen den Eindruck, daß man sich im Osten der Schwierigkeiten bewußt ist, die es für eine westdeutsche Regierung bedeuten würde, den seit Jahrzehnten mitgeschleppten Ballast auf einmal über Bord zu werfen. Darum dürfte man einer „Politik der kleinen Schritte“ weniger abgeneigt sein, als es die offiziellen Stellungnahmen erwarten lassen.

Die ersten Schritte müssen zwangsläufig in Richtung auf eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen gehen. Diese Einsicht scheint sich in der Bundesrepublik langsam durchzusetzen. Ein Irrtum wäre es aber, zu glauben, der leichteste Weg sei auch der kürzeste. So erfreulich die bereits vor einiger Zeit eingeleitete Annäherung Bonn—Bukarest und die neueren Gespräche mit Sofia und Budapest sind — zu einer Lösung der Deutschlandfrage werden sie wenig beitragen. Der außenpolitische Ehrgeiz und Einfluß der rumänischen und der bulgarischen Regierung erstrecken sich nicht auf Mitteleuropa; die Interessen dieser beiden Staaten beschränken sich mehr denn je auf den engeren Lebensraum, nämlich auf den Balkan. Auch Ungarn hat andere Probleme.

Wenn die Bundesregierung eine Wiedervereinigung realistisch anstreben will, so wird sie um die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion, zu Polen und zur

Tschechoslowakei nicht herumkommen. Diese drei Staaten gehören zu den Siegermächten des zweiten Weltkriegs und müssen jeder Friedensregelung beigezogen werden. Besonders das Gewicht Polens wird sich in den nächsten Jahren erhöhen. Eine künftige, breit angelegte Außenpolitik befinde sich bereits im Stadium der Vorbereitung, hört man in Warschau. Jahrelang hat die polnische Regierung der deutschen Bundesregierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen unter Ausklammerung der Grenzstreitigkeiten angeboten. *Adenauer* lehnte damals in Einklang mit der *Hallstein-Doktrin* ab. Jetzt stellt Polen als Vorbedingung die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Dieses Beispiel ist symptomatisch. Je länger Bonn das große Aufräumen hinausschiebt, um so höher werden die sich stabilisierenden kommunistischen Staaten ihre Ansprüche schrauben.

Es ist unbestritten, daß alle östlichen Sicherheitsinitiativen auf die Wahrung des Status quo in Mitteleuropa abzielen. Dies muß nicht unbedingt mit Verewigung des Status quo gleichgesetzt werden. Vorläufig brauchen aber die osteuropäischen Nationen diese Garantie, um sich in Ruhe und auf der Basis größtmöglicher Unabhängigkeit entwickeln zu können. Der Westen hat das gleiche Interesse. Die Frage ist nur, wie rasch sich der „Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches“ in seine amputierte Rolle einfügt.

## V

Eine gesamteuropäische Konferenz, wie sie der Osten propagiert, muß eines Tages kommen, erklären auch führende westliche Politiker und Diplomaten. Die Idee einer „europäischen Sicherheitskonferenz“ stammt aus dem *polnischen* Außenministerium, obwohl der Plan erst durch eine Pressekonferenz des *sowjetischen* Außenministers *Gromyko* der breiten Weltöffentlichkeit bekannt wurde. Diesem Plan war insofern mehr Erfolg beschieden als allen vorhergegangenen Initiativen, als er bisher von keiner einzigen Regierung grundsätzlich abgelehnt wurde. Auch nicht von der Bundesrepublik. Wann aber eine solche Konferenz stattfinden wird, weiß heute noch niemand vorauszusagen. Denn auf der Beweglichkeit der östlichen Diplomatie lastet gegenwärtig ein schweres Gewicht: *Vietnam*.

Solange sich ein „Bruderstaat“ praktisch mit den USA im Kriegszustand befindet, ist es für eine kommunistische Regierung schwierig, mit Washington weitreichende Abkommen zu treffen. Auf der einen Seite könnte der Krieg in Südostasien zwar europäische Lösungen erleichtern, meint man in östlichen Hauptstädten, aber ohne die Teilnahme der USA. Ein solches Vorgehen wird von der Mehrheit der kommunistischen Staaten als unrealistisch betrachtet, obwohl die Bukarester Erklärung über die europäische Sicherheit und die meisten offiziellen Stellungnahmen die Frage der Teilnahme der Vereinigten Staaten am kommenden gesamteuropäischen Gespräch geflissentlich übergehen. Unter den gegenwärtigen Umständen bleibt der östlichen Diplomatie nur die Möglichkeit, mit den westlichen Staaten über kleinere Schritte und über die Vorbereitung einer europäischen Sicherheitskonferenz zu verhandeln. „Der Kampf für einen gerechten Frieden in Vietnam stellt das Problem der europäischen Sicherheit nicht in den Schatten“, erklärte der polnische Außenminister *Rapacki* am 8. Mai 1966 in Breslau. Bei dieser Gelegenheit lancierte er den letzten Vorschlag seines Mitarbeiterstabes, einen regionalen Atomsperrvertrag für Mitteleuropa. In Wirklichkeit ist diese Idee nicht ganz neu; sie lag zwei Jahre in einer Schublade des Außenministeriums und ist bereits als Teilstück im *Gomulka-Plan* enthalten.

Sowohl der polnische Parteisekretär *Gomulka* wie der rumänische Ministerpräsident *Maurer* haben im Laufe des Jahres 1966 versucht, im Vietnamkrieg zu vermitteln — ohne Erfolg. Die Sowjets haben sich die Finger verbrannt, als sie 1964 dem *UNO-Generalsekretär* behilflich waren, Verhandlungskontakte zu Hanoi aufzunehmen. Die USA beantworteten die Initiative *U Thants* mit der Bombardierung Nordvietnams.

Nach diesen Fehlschlägen ist die östliche Diplomatie auch in ihren Europa-Initiativen vorsichtiger geworden. Die Polen wären beispielsweise einem System von Gewaltverzichtserklärungen zwischen den einzelnen Staaten an Stelle des vom Osten vorgeschlagenen globalen Nichtangriffspaktes zwischen den beiden Militärblocken nicht abgeneigt. Durch die diplomatischen Kanäle versucht man gleichzeitig günstige Bedingungen für die Abhaltung der europäischen Sicherheitskonferenz zu schaffen. Die Reisediplomatie zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen ost- und westeuropäischen Staaten läuft gegenwärtig auf hohen Touren. Aber mit spektakulären Vorstößen in der Europafrage will man warten, bis sich in Vietnam ein Streifen Morgenröte zeigt.

## VI

Die bisherigen Sondierungen über die Chancen einer europäischen Sicherheitskonferenz lassen noch keine Schlüsse zu. Die *nordischen* Staaten und *Österreich* begrüßen den Vorschlag und wären zu einer bedingungslosen Teilnahme bereit. Grundsätzliches Einverständnis zeigte auch der *italienische* Außenminister *Fanfani* anlässlich seiner Warschauer Gespräche im vergangenen Sommer. *De Gaulle* sieht den günstigen Augenblick für eine solche Konferenz noch nicht gekommen und möchte zuerst die bilateralen Beziehungen zu allen Oststaaten verbessern, um Frankreich eine gute Ausgangsposition zu schaffen. Die *Briten* wünschen eine gewissenhafte Vorbereitung und haben darüber hinaus ange-regt, vorher ein wenig über das Deutschlandproblem zu diskutieren. Von *amerikanischer* Seite fehlt eine verbindliche Stellungnahme; wahrscheinlich wirken sich die Meinungs-verschiedenheiten zwischen dem amerikanischen Verteidigungsdepartement und dem Außenministerium über die einzuschlagende Europapolitik auch hier aus. Leitende Be-amte des Pentagons haben polnische Diplomaten ihre Privatmeinung wissen lassen, wonach man die Gespräche auf Expertenebene beginnen sollte; die DDR könnte daran teilnehmen.

Nach östlicher Ansicht wäre es erfolgversprechender, die Deutschlandfrage vorläufig auszuklammern und an der Sicherheitskonferenz Bilanz zu ziehen, wo Europa heute steht, und zu beraten, wie die Ost-West-Beziehungen im gesamten normalisiert werden könnten. Ob sich die einzelnen Teilnehmerstaaten alle gegenseitig juristisch anerkennen oder nicht, sei unwichtig. Alle kommunistischen Staaten legen auch nicht das gleiche Interesse für die mitteleuropäischen Probleme an den Tag. Manchen geht es nur darum, gleichzeitig zu Bonn und zu Ostberlin einträgliche Beziehungen pflegen zu können. Ru-mänien und Bulgarien richten ihre außenpolitischen Bemühungen immer mehr auf ein Arrangement zwischen den Balkanstaaten aus. Die Ungarn, die eine gewisse Isolierung befürchten, versuchen mit sowjetischer Rückendeckung ein Konkurrenzunternehmen im Donauraum, unter Einbeziehung Österreichs und der Tschechoslowakei, aufzubauen.

## VII

Vor zehn Jahren hat die rumänische Regierung die Abhaltung einer *Balkan-Konferenz* vorgeschlagen; damals lehnten *Griechenland* und die *Türkei* ab. Heute hat in diesen beiden Ländern die Begeisterung für die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft schon stark nachgelassen und neutralistischen Tendenzen Platz gemacht. Dafür setzte mit dem Abflauen der Ost-West-Spannungen schon wieder da und dort auf dem Balkan das nach-barliche Gezänk ein — man denke nur an die unrealistischen Auseinandersetzungen zwischen Griechenland und der Türkei oder zwischen Jugoslawien und Albanien.

Bezeichnend ist auch der jüngste Zwischenfall zum Abschluß eines Treffens bulga-rischer Schriftsteller mit Kollegen aus der jugoslawischen Republik Mazedonien in Sofia, als der Vorsitzende des bulgarischen Schriftstellerverbandes sich weigerte, ein in maze-donischer Sprache abgefaßtes Kommuniqué zu unterschreiben. Nach Darstellung der ju-

goslawischen Presse bestritt der bulgarische Literaturfunktionär nach Rückfrage im Außenministerium die Existenz einer mazedonischen Nation, Sprache und Literatur und behauptete, die Mazedonier seien Bulgaren.

Wenn diese Episode nationalistischer Beschränktheit erst durch ein persönliches Zusammentreffen *Tito-Schiwkoff* geglättet werden konnte, so beweist dies nur, daß es auch auf dem Balkan, einst Symbol der Zerstückelung, eine „unbewältigte Vergangenheit“ gibt. Von jeher überschneiden sich auf der Balkanhalbinsel die sogenannten Einflusssphären der jeweiligen Großmächte. Die von Großmächten abgesteckten Grenzen ziehen sich durch historisch umstrittene Gebiete. Seit zwanzig Jahren wird die Stabilität des Balkans mehr schlecht als recht durch die Eingliederung in Militärbündnisse bewerkstelligt, aber eine selbsttragende Sicherheitsregelung steht noch aus.

Es ist kein Zufall, daß gerade *Rumänien* den Hebel dazu ansetzte. Rumänische Politiker machen in privaten Gesprächen kein Hehl daraus, daß die Situation als lateinische Insel unbehaglich sein kann. Konsequenter hat Rumänien in den letzten Jahren mit allen südosteuropäischen Staaten gute Beziehungen erarbeitet und kann heute ehrgeizigere außenpolitische Ziele anstreben — in erster Linie die Erringung voller Unabhängigkeit durch den Abbau der Militärallianzen, an deren Stelle regionale Sicherheitssysteme in einem europäischen Rahmenbündnis treten sollen.

Der Balkan — oder wie sich der rumänische Ministerpräsident *Maurer* genauer ausdrückte: die Balkan- und Adria-Region — besteht nach diesen Vorstellungen aus Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien, Griechenland und der Türkei. Als Endprodukt soll eine Art „Balkan der Vaterländer“ entstehen, in dessen Rahmen die einzelnen Staaten nicht nur militärische Sicherheitsgarantien austauschen, sondern ungeachtet der ideologischen Gegensätze auf den Gebieten der Wirtschaft, Technik und Kultur eng zusammenarbeiten.

Freilich ist man von diesem Ziel noch weit entfernt — Albanien und Griechenland beispielsweise befinden sich juristisch sogar noch im Kriegszustand. Anlässlich der Reisen *Maurers* im August 1966 nach Athen und Ankara wurde sich die rumänische Diplomatie der zahlreichen Hindernisse schmerzlich bewußt. Abbau der Militärallianzen? Übereinstimmung im Prinzip — sobald man jedoch auf konkrete Einzelheiten zu sprechen kam, stockten die Verhandlungen, sickert aus informierten Kreisen durch. Griechenland und die Türkei haben sich auf die westliche Wirtschaftshilfe eingerichtet, ihr Einfluß auf die NATO-Geschäfte ist äußerst bescheiden, ein simpler Austritt aus der Allianz undenkbar. Die Türkei ist darüber hinaus an den Mittelost-Pakt (Cento) gebunden, was im Effekt nochmals Wirtschaftshilfe bedeutet.

Immerhin wurden an Ort und Stelle eine Reihe technischer Abkommen unterzeichnet und Streitfragen ausgeräumt. In der rumänischen Regierungssprache heißt diese erste Etappe „Verbesserung der bilateralen Beziehungen auf der dauerhaften Basis der Grundsätze des gegenseitigen Respekts, der Souveränität und Unabhängigkeit, der Rechtsgleichheit, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und der Reziprozität der Vorteile“. Beim Gegenbesuch des griechischen und des türkischen Regierungschefs in Bukarest wollen die Rumänen das einigermaßen erfolgversprechende Thema einer atomwaffenfreien Zone anschneiden.

Auf die gleiche Marschrichtung geschwenkt, wenn auch vorsichtiger, sind die *Bulgaren*. In seiner Eröffnungsansprache vor dem Parteikongreß im November 1966 erklärte der Ministerpräsident und Parteisekretär *Schiwkoff*, daß Bulgarien seine Rolle als wichtige Balkanmacht auszubauen gedenke. *Schiwkoff* erwähnte die Erfolge der bulgarischen Reisediplomatie in Jugoslawien, Griechenland und der Türkei und gab seiner Hoffnung auf eine weitere Klimaverbesserung und auf „Geschäftskontakte zwischen den Balkanstaaten in deren gegenseitigem Interesse“ Ausdruck.



Die beiden Erbfeinde Griechenland und Türkei verhandeln gegenwärtig in aller Stille in Wien über die Beilegung des Zypernkonflikts. Jugoslawien ist am Zustandekommen eines Sicherheitssystems auf der Balkanhalbinsel interessiert, obwohl die Regierung in Belgrad mehr Wert auf den Ausbau ihrer Führerrolle in der Dritten Welt legt. Den größten Unsicherheitsfaktor der künftigen Entwicklung der Balkan- und Adria-Region bildet das kleine *Albanien*, wie selbst die Rumänen, die als einzige korrekte Beziehungen mit Tirana pflegen, abschätzen. Die Bildung einer Einheitsfront gegen Albanien wäre jedoch mit einer auf lange Sicht konzipierten Politik unvereinbar.

Die Rumänen sind keine geborenen Revolutionäre, aber sie verfolgen zäh und umsichtig ihre gesteckten Ziele. Unter diese Bemühungen fällt auch die Gründung eines informellen „Klubs“ von neun europäischen Staaten mittlerer Bedeutung. Die aus Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Jugoslawien, Belgien, Dänemark, Österreich, Schweden und Finnland bestehende Gruppe ist am Rande der letzten UNO-Vollversammlung regelmäßig zusammengetroffen. Voraussichtlich im März 1967 wird in Bukarest eine Gipfelkonferenz oder ein Außenministertreffen der „Neun“ stattfinden. Auf dem Programm steht die Diskussion von europäischen Problemen, deren Lösung die Kraft der Teilnehmerstaaten nicht übersteigt. Ein jüngster Vorstoß Ungarns jedoch läuft auf eine Erweiterung sowohl der Mitgliedschaft des Klubs wie der zu behandelnden Themen hinaus, was leicht das Platzen des gesamten Unternehmens zur Folge haben könnte. Manche Beobachter vermuten dahinter ein von Moskau gelenktes Manöver. Um hier klar zu sehen, wird man wohl die nächste Entwicklung abwarten müssen.

## VIII

Bisher haben sich die Großmächte den europäischen Annäherungsbestrebungen nicht widersetzt. Sie versprechen sich davon zweifellos eine Aufweichung des gegnerischen Lagers, sofern ihnen nicht eines Tages der Einfluß auf die Geschehnisse des gesamten Kontinents zu entschwenden droht. Dieses kritische Stadium könnte rascher erreicht werden als man denkt. Wenn die USA und Frankreich ihre Beziehungen zum Osten verbessern, so sind ihre Motive nicht dieselben. Wenn die Sowjetunion und Rumänien gemeinsam die Auflösung der Militärpakte fordern, so mit verschiedenen Hintergedanken. Auf dem europäischen Schachbrett hat eine subtile Partie begonnen.